

Position der AG 60+ Piraten zum aktuellen Rentenpaket der Bundesregierung

Die AG 60+ der Piratenpartei hat die Bekämpfung der Altersarmut auf die politische Tagesordnung gesetzt. Eine Neustrukturierung der Altersversorgung ist jetzt dringender denn je geboten. Die AG60+ der Piratenpartei hat dazu eine klare Position mit folgenden Zielen:

- Eine Grundrente, die einen menschenwürdigen Lebensabend ermöglicht. Diese muss deutlich über dem Grundsicherungsniveau liegen. Die vorgeschlagene Zuschussrente der Bundesregierung von 850 € liegt z.B. in München unterhalb der Grundsicherung und ist kein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der Altersarmut.
- Alle Bürger sollen ohne Ausnahme im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die Rentenkasse einzahlen. Es ist nicht akzeptabel, dass bestimmte Berufsstände sich dieser Pflicht entziehen können. Ausnahmeregelungen, wie die Beitragsbemessungsgrenze, muss abgeschafft werden. Auch Vergünstigungen für bestimmte Einkommensarten wie z.B. Kapitaleinkünfte soll es künftig nicht geben.
- Ergänzende private Vorsorge darf nicht steuerlich belastet werden und muss ohne Abzüge dem Einzahler zugutekommen. Die Tatsache, dass aktuell erstmalig für die Durchschnittsrente nach 45 Beitragsjahren Einkommenssteuer fällig wird, weil der Freibetrag überschritten wird, unterstreicht die Bedeutung dieser Forderung. Die angesparten Gelder müssen staatlich abgesichert sein.
- Unternehmen sollen verpflichtet werden, einen Anteil des Arbeitslohnes für Firmenrenten zurückzulegen. Der Gesetzgeber muss diese Rücklage im Fall von Insolvenz vor unberechtigtem Zugriff schützen.

Eine klare Absage erteilt die AG 60+ der Piratenpartei dem Plan der Bundesregierung, das gesetzliche Rentenniveau zugunsten der privaten Vorsorge kontinuierlich abzusenken. Manfred Plechaty, im Vorstand der Piratenpartei Oberbayern und Mitglied der AG60+: „Man muss vor allem auch an die Menschen denken, die sich keine private Rücklage bilden können. Aus Sicht der Piratenpartei kommt es zu einer Entlastung der Rentenbeiträge durch eine Einbeziehung von Selbständigen und Beamten

in das Rentenkassensystem. Wenn beide Gruppen in die Rentenkassen einzahlen würden, könnten sich die Beiträge nach Berechnungen der Piraten auf heutigem Niveau halbieren.“

Harald Damskis
Beauftragter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der AG60+